

Gemeinde B u n d e

S a t z u n g
zur 1. Änderung des Bebauungsplans
Nr. 02.30 „Sportzentrum Mölenland“, Ortschaft Bunde

Aufgrund der §§ 1 (3), 10 und 13 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548), und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) , zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.10.2014 (Nds. GVBl. S. 279), hat der Rat der Gemeinde Bunde in seiner Sitzung am 13.11.2014 diese Satzung beschlossen.

§ 1
Festsetzungen

(1) Auf dem Flurstück 22/7 der Flur 3 der Gemarkung Bunde wird die bisherige Nutzungsfestsetzung „öffentliche Grünfläche“ aufgehoben und als Nutzungsart nunmehr „Dorfgebiet“ festgesetzt.

(2) Hier wird nun eine mittels Baugrenzen festgelegte überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt indem die Baugrenze nordwestlich beginnend an der gemeinsamen Grundstücksgrenze der Flurstücke 15/2 und 22/7 mit einem Abstand von 3 m von der Straßenbegrenzungslinie Mühlenstraße festgesetzt wird und nun der südlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 22/7 folgt bis zur geradlinigen Verlängerung der südöstlich in der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.16 „Mühlenstraße“ neu festgesetzten Baugrenze.

In dem überbaren Bereich sind zulässig: Einstellplätze, Ausstellungsflächen und Werbeanlagen. Hierfür wird eine zulässige Grundfläche von 300 m² festgesetzt.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können, ausgeschlossen.

(3) Über die verbleibende öffentliche Grünfläche zwischen dem Flurstück 22/7 und der Verkehrsfläche „Am Mölenland“ dürfen eine Grundstücksauffahrt und Zufahrten zu Einstellplätzen angelegt werden.

§ 2
Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Bunde, den 14.11.2014


Bürgermeister



Gemeinde Bunde

Landkreis Leer

B E G R Ü N D U N G

zur Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.30 „Sportzentrum Mölenland“, Ortschaft Bunde

-vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB-

1	Anlass und Ziel der Planung	2
2	Rahmenbedingungen	2
3	Abwägung der Planung mit anderen Interessen	3
3.1	Belange der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und der Umbau vorhandener Ortsteile (§1 (6) Nr. 4 BauGB)	3
3.2	Belange der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung und Eigentumsbildung (§1 (6) Nr. 2 BauGB)	3
3.3	Belange der Baukultur und des Denkmalschutzes (§1 (6) Nr. 5 BauGB)	4
3.4	Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB)	4
3.5	Belange der Infrastruktur, der technischen Ver- und Entsorgung (§ 1 (6) Nr. 8 BauGB)	4
3.6	Belange des Verkehrs (§ 1 (6) Nr. 9 BauGB)	4
3.7	Abwägungsergebnis.....	5
4	Inhalte der Planung	5
5	Verfahrensvermerke	7

1 Anlass und Ziel der Planung

Die vorliegende Planung dient der Erweiterung der Baumöglichkeiten der seit langem etablierten Firma „Veenhuis Gartentechnik“, Mühlenstraße 54, die die Errichtung einer Betriebshalle nebst Parkplatz und Ausstellungsfläche beabsichtigt. Dazu soll eine bisher festgesetzte „öffentliche Grünfläche“, die an das Betriebsgrundstück angrenzt, nun in „Dorfgebiet“ umgewandelt werden.

2 Rahmenbedingungen

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Bunde hat am 18.11.2013 den Beschluss über die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.30 gemäß § 2 (1) BauGB gefasst. Da sich die Auswirkungen der Änderung auf einen kleinen abgrenzbaren Bereich beschränken und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, wird das vereinfachte Verfahren gemäß § 13 BauGB angewendet.

Die Änderung erstreckt sich ausschließlich auf das Flurstück 22/7 der Flur 3 der Gemarkung Bunde.

Der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Bunde weist für den Änderungsbereich „Gemischte Baufläche“ aus. Die nun vorgelegte Änderung setzt als Nutzungsart „Dorfgebiet“ fest und ist somit als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt anzusehen.

Der Änderungsbereich grenzt nordöstlich an den Bebauungsplan Nr. 02.16 „Mühlenstraße“ an. Dieser Bauleitplan wird ebenfalls für das Unternehmen „Veenhuis Gartentechnik“ überarbeitet (3. Änderung, Ausdehnung der überbaubaren Grundstücksfläche), das Verfahren wird zeitgleich mit dieser Änderung durchgeführt.

Mit der Planänderung:

- werden die Grundzüge des Bebauungsplans nicht berührt.
- wird die Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet.
- bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter.

Das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB kann somit zur Anwendung kommen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird im vereinfachten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4, von dem Umweltbericht nach § 2a, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen; § 4c ist nicht anzuwenden. Bei der Beteiligung nach Absatz 2 Nr. 2 ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Zudem sieht die Gemeinde Bunde von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 ab (§ 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB).

3 Abwägung der Planung mit anderen Interessen

Gemäß § 1 (7) BauGB sind bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen öffentliche und private Belange gegen- und untereinander gerecht abzuwägen.

Die folgenden Belange werden von der Planung berührt.

3.1 Belange der Erhaltung, Erneuerung, Fortentwicklung, Anpassung und der Umbau vorhandener Ortsteile (§ 1 (6) Nr. 4 BauGB)

Die Änderung hat zum Ziel, den seit Jahren ansässigen Betrieb zu sichern und eine Möglichkeit zum Expandieren zu bieten.

Dies trägt zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Siedlungsbereiches Mühlenstraße bei.

3.2 Belange der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung und Eigentumsbildung (§ 1 (6) Nr. 2 BauGB)

Die vorliegende Planung bevorteilt eine gewerbliche Nutzung.

3.3 Belange der Baukultur und des Denkmalschutzes (§1 (6) Nr. 5 BauGB)

Südlich des Änderungsbereichs liegt das Baudenkmal „Mühlenstraße 50“ (Gulphaus, keine landwirtschaftliche Nutzung mehr).

Im Rahmen der Planung des Bauvorhabens hat eine Abstimmung mit dem Amt für Denkmalpflege des Landkreises zu erfolgen.

Möglicherweise ist im Plangebiet mit dem Auftreten von archäologischen Funden zu rechnen.

Ein entsprechender Hinweis auf die Meldepflicht von ur- oder frühgeschichtlichen Bodenfunden ist in dieser Begründung aufgenommen.

3.4 Belange des Umweltschutzes (§ 1 (6) Nr. 7 BauGB)

Beim vereinfachten Verfahren wird gemäß § 13 (3) BauGB von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB und einem Umweltbericht gemäß § 2a BauGB abgesehen.

Natur und Landschaft: Durch die Planung werden keine erheblicher Eingriffe in den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild ausgelöst. Die Einflüsse der Planung auf die relevanten Schutzgüter sind aufgrund der vorhandenen Nutzung (Straßenseitenraum/ Betriebsgelände) gering. Die Versiegelung ist vernachlässigbar.

Ein Ausgleichserfordernis wird infolge der Geringfügigkeit und des nicht erheblichen Eingriffs von der Sache her nicht gesehen. Der Sicherung und Entwicklung des Betriebes wird ein hoher Stellenwert beigemessen.

Die zur Umwandlung in „Dorfgebiet“ vorgesehene öffentliche Grünfläche stellt keine Kompensationsfläche für den Eingriff des Bebauungsplans Nr. 02.30 dar.

Artenschutz: Sollten einer zukünftigen Umsetzung von Vorhaben voraussichtlich artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen, so wäre die Planung ggf. nichtig. Es ist deshalb zu beurteilen, ob der Änderungsbereich möglicherweise Lebensraum für streng geschützte oder besonders geschützte Arten bietet.

Eine Potentialabschätzung der Eignung des Geländes als Lebensraum geschützter Arten lässt den Schluss zu, dass keine negativen Auswirkungen zu erwarten sind.

3.5 Belange der Infrastruktur, der technischen Ver- und Entsorgung (§ 1(6) Nr. 8 BauGB)

Die technische Ver- und Entsorgung ist vorhanden.

Das anfallende Schmutzwasser kann in die vorhandene Schmutzwasserkanalisation eingeleitet werden.

Für das anfallende Oberflächenwasser besteht die Möglichkeit zum Anschluss an die bestehende Regenwasserkanalisation in der Straße „Am Mölenland“.

3.6 Belange des Verkehrs (§ 1 (6) Nr. 9 BauGB)

Erschlossen werden soll die Baufläche von der Gemeindestraße „Am Mölenland“. Es sind keine weiteren Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

3.7 Abwägungsergebnis

Die Planung kann mit den untersuchten Belangen zum Ausgleich gebracht werden. Weitere Belange, die in relevanter Weise berührt sein könnten, sind nicht erkennbar. Die Planung ist damit möglich.

4 Inhalte der Planung

Die Planänderung erfolgt in **Textform**.

Ein Auszug aus der Planzeichnung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans sowie ein Flurkartenauszug mit Eintragung der neuen überbaubaren Fläche sind als Anlagen beigefügt.

Mit der Änderung werden folgende **neue Festsetzungen** getroffen:

(1) Auf dem Flurstück 22/7 der Flur 3 der Gemarkung Bunde wird die bisherige Nutzungsfestsetzung „öffentliche Grünfläche“ aufgehoben und als Nutzungsart nunmehr „Dorfgebiet“ festgesetzt.

(2) Hier wird nun eine mittels Baugrenzen festgelegte überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt indem die Baugrenze nordwestlich beginnend an der gemeinsamen Grundstücksgrenze der Flurstücke 15/2 und 22/7 mit einem Abstand von 3 m von der Straßenbegrenzungslinie Mühlenstraße festgesetzt wird und nun der südlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 22/7 folgt bis zur geradlinigen Verlängerung der südöstlich in der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.16 „Mühlenstraße“ neu festgesetzten Baugrenze.

In dem überbaren Bereich sind zulässig: Einstellplätze, Ausstellungsflächen und Werbeanlagen. Hierfür wird eine zulässige Grundfläche von 300 m² festgesetzt.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können, ausgeschlossen.

(3) Über die verbleibende öffentliche Grünfläche zwischen dem Flurstück 22/7 und der Verkehrsfläche „Am Mölenland“ dürfen eine Grundstücksauffahrt und Zufahrten zu Einstellplätzen angelegt werden.

Während auf dem bereits bebauten Flurstück 15/2 (3. Änderung Bebauungsplan „Mühlenstraße“) die neue Betriebshalle errichtet werden soll, ist beabsichtigt, auf der hier beplanten Parzelle 22/7 die betrieblichen „Nebenanlagen“ wie Ausstellungsfläche, Einstellplätze und Werbeanlagen zu schaffen.

Hinweise:

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten **ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde** (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlesammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) angeschnitten werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 Niedersächsischem Denkmalschutzgesetz (NDSchG) meldepflichtig und müssen der archäologischen Denkmalpflege des Landkreises Leer unverzüglich angezeigt werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen.

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf **Altablagerungen** oder Altstandorte zu Tage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

Bei geplanten Baumaßnahmen oder Erdarbeiten sind die Vorschriften des vorsorgenden Bodenschutzes zu beachten, d. h. jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Anfallendes Bodenaushubmaterial darf am Herkunftsort wieder verwendet werden, sofern die Regelungen der Bundesbodenschutzverordnung, insbesondere die Prüf- und Vorsorgewerte, dem nicht entgegenstehen. Bodenaushub, der auf Grundstücken Dritter verwertet werden muss, stellt Abfall im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes dar und ist somit einer ordnungsgemäßen und schaldosen Verwertung oder Beseitigung zuzuführen. Verwertungsmaßnahmen (z.B. Flächenauffüllungen, Lärmschutzwälle) unterliegen ggfs. genehmigungsrechtlichen Anforderungen (nach Bau-, Wasser- und Naturschutzrecht) und sind vorab mit dem Landkreis Leer abzustimmen.

Sofern mineralische Abfälle (Recyclingschotter und Bodenmaterial) für geplante Verfüllungen oder Versiegelungen zum Einsatz kommen sollen, gelten die Anforderungen der LAGA M 20 (Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall Nr. 20 „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“).

Es wird auf die Erkundigungspflicht der Ausbauunternehmer hingewiesen. Der Unternehmer genügt dieser Prüfungspflicht nicht, wenn er sich bei dem Grundstückseigentümer bzw. bei der örtlichen Stadt- oder Gemeindeverwaltung erkundigt. Vielmehr hat er sich bei dem jeweiligen Versorgungsunternehmen zu erkundigen, deren Leitungen vor Ort verlegt sind.

Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548);
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548);
- Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV) i.d.F. vom 18.12.1990, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).

5 Verfahrensvermerke

Die Umsetzung kann als gesichert gelten. Die vorstehende textliche Begründung gehört zum Inhalt des Bebauungsplans, sie hat aber keinen rechtsverbindlichen Charakter. Festsetzungen enthält nur die Satzung.

Aufstellungsbeschluss (VA)	18.11.2013
Auslegungsbeschluss (VA)	05.06.2014
Anschreiben zur Behördenbeteiligung gemäß § 13 i.V.m. § 4 (2) BauGB	28.07.2014
Öffentliche Auslegung gemäß § 13 i.V.m. § 3 (2) BauGB	14.08.2014
	-15.09.2014
Satzungsbeschluss	13.11.2014

Anlagen:

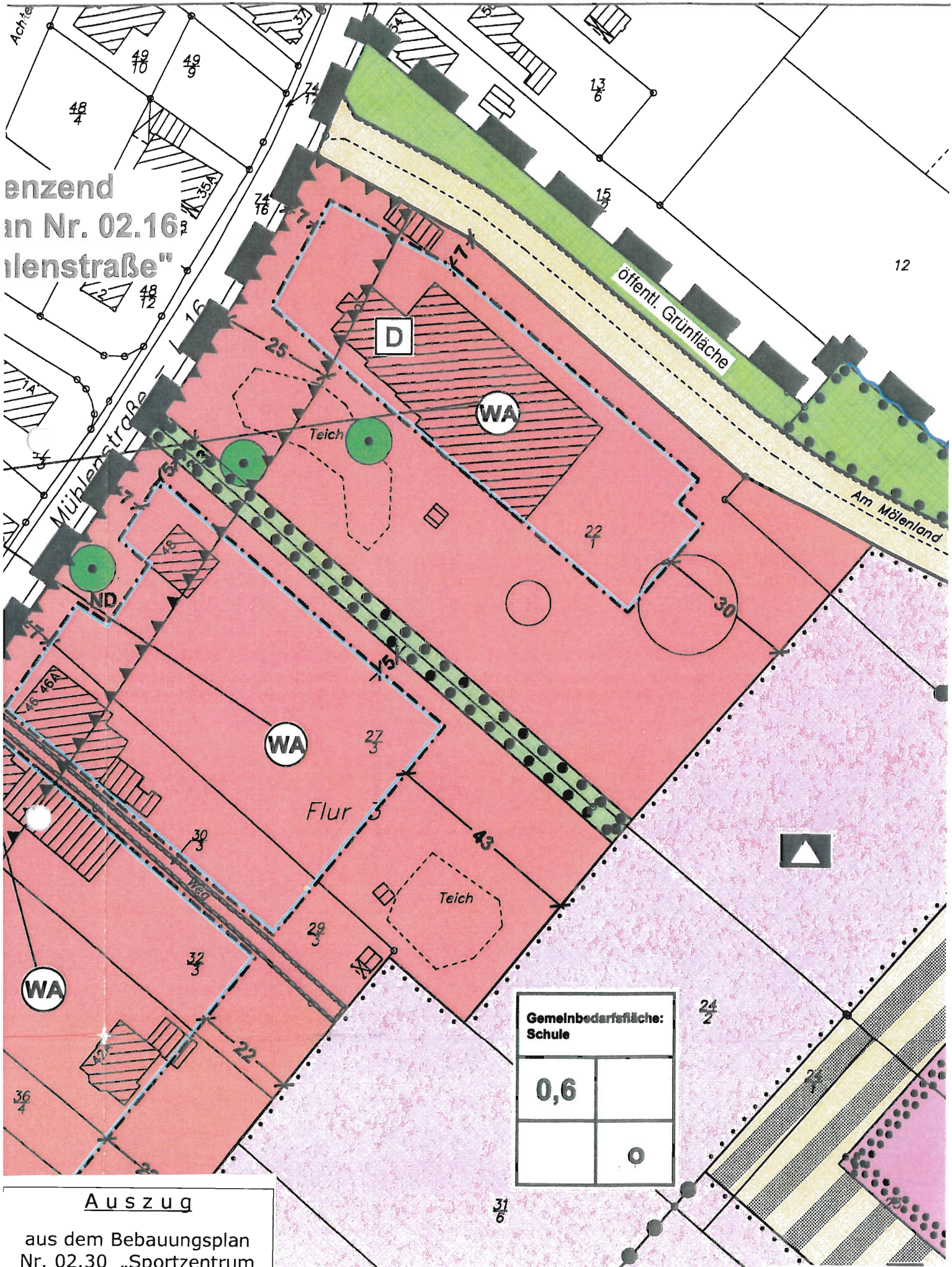
- 1 Auszug aus der Planzeichnung des Ursprungs-Bebauungsplans
- 2 Lageplan mit Darstellung des neuen überbaubaren Bereiches

Diese Begründung wurde vom Rat der Gemeinde Bunde am 13.11.2014 beschlossen.

Bunde, den 14.11.2014




Bürgermeister



enzend
an Nr. 02.16
lenstraße"

12

öffentl. Grünfläche

Am Mölenland

Flur

Teich

Gemeinbedarfsfläche:
Schule

0,6

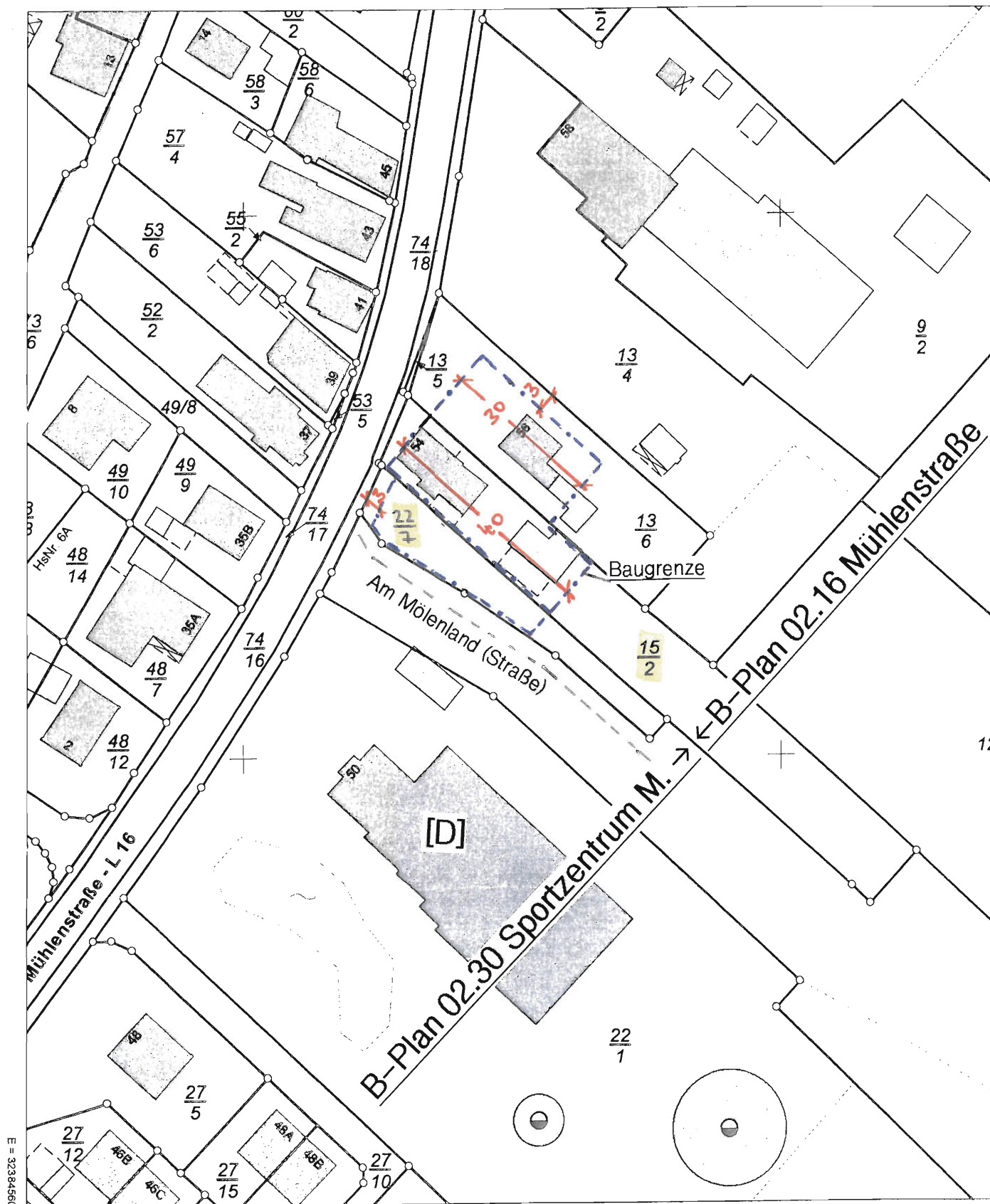
0

Auszug
aus dem Bebauungsplan
Nr. 02.30 „Sportzentrum
Mölenland“
Gemeinde Bunde

ANLAGE 1

N = 5894938

E = 32384/40



E = 32384560

N = 5894718

Maßstab 1:1000

Meter

Verantwortlich für den Inhalt:

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen
LGLN RD Aurich - Katasteramt Leer - Stand: 10.05.2014
Westerende 2-4
26789 Leer

Bereitgestellt durch:

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen
LGLN Regionaldirektion Aurich - Katasteramt Leer -
Westerende 2-4
26789 Leer (Ostfriesland)

Zeichen:

Die Verwertung für nichteigene oder wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Wiedergabe ist gemäß § 5 Niedersächsisches Gesetz über das amtliche Vermessungswesen vom 12. Dezember 2002 (Nds. GVBl. 2003) nur mit Erlaubnis der für den Inhalt verantwortlichen Behörde zulässig.

ANLAGE 2

A. Bekanntmachungen des Landkreises Leer	Seite
---	--------------

■ **Amt II/32**

Öffentliche Bekanntmachung; Allgemeinverfügung 193 – 194

■ **Amt III/68**

Genehmigungsverfahren für einen Bodenabbau; Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfung 194

■ **Amt III/63**

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz 194 – 195

B. Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Verbände	Seite
--	--------------

■ **Gemeinde Bunde**

Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 02.36 „Südwestlich Boenster Straße, 2. Abschnitt“ mit örtlichen Bauvorschriften, Ortschaft Bunde 195 – 196

Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.30 „Sportzentrum Mölenland“, Ortschaft Bunde 196 – 197

Satzung zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.16 „Mühlenstraße“, Ortschaften Bunde und Bunderhee 197

Satzung über die Benutzung von öffentlichen Freizeit- und Grünanlagen in der Gemeinde Bunde 197 – 199

■ **Gemeinde Moormerland**

Satzung zur 10. Änderung der Satzung über die Abwälzung der Abwasserabgabe der Gemeinde Moormerland (Abwasserabgabensatzung) 199

■ **Gemeinde Rhaderfehn**

Verordnung über die Anbringung von Hausnummern in der Gemeinde Rhaderfehn 199 – 200

Bauleitplanung 200 – 201

■ **Gemeinde Westoverledingen**

Bebauungsplanes V 24 „Südlich der Marderstraße und östlich der Einmündung Dachsweg“ in der Ortschaft Völlen, Ortsteil Völlenerkönigsfehn 201 – 202

C. Sonstiges	Seite
---------------------	--------------

rung werden vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Rathaus der Gemeinde Bunde in 26831 Bunde, Kirchring 2, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bunde, Kirchring 2, 26831 Bunde, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bekanntmachung ist auch auf der Internet-Seite der Gemeinde Bunde „www.gemeinde-bunde.de“ veröffentlicht.

Bunde, den 24.11.2014

Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Gerald Sap

Bauleitplanung der Gemeinde Bunde

Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.30 „Sportzentrum Mölenland“, Ortschaft Bunde

Der Rat der Gemeinde Bunde hat am 13.11.2014 die Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.30 „Sportzentrum Mölenland“, Ortschaft Bunde, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch und auch die Begründung beschlossen. Die Satzung wurde nach § 13 Baugesetzbuch im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch aufgestellt.

Der Geltungsbereich ist im nachstehenden Kartenausschnitt dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Baugesetzbuch).

Die Satzung und die Begründung werden vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Rathaus der Gemeinde Bunde in 26831 Bunde, Kirchring 2, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bunde, Kirchring 2, 26831 Bunde, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bekanntmachung ist auch auf der Internet-Seite der Gemeinde Bunde „www.gemeinde-bunde.de“ veröffentlicht.

Bunde, den 24.11.2014

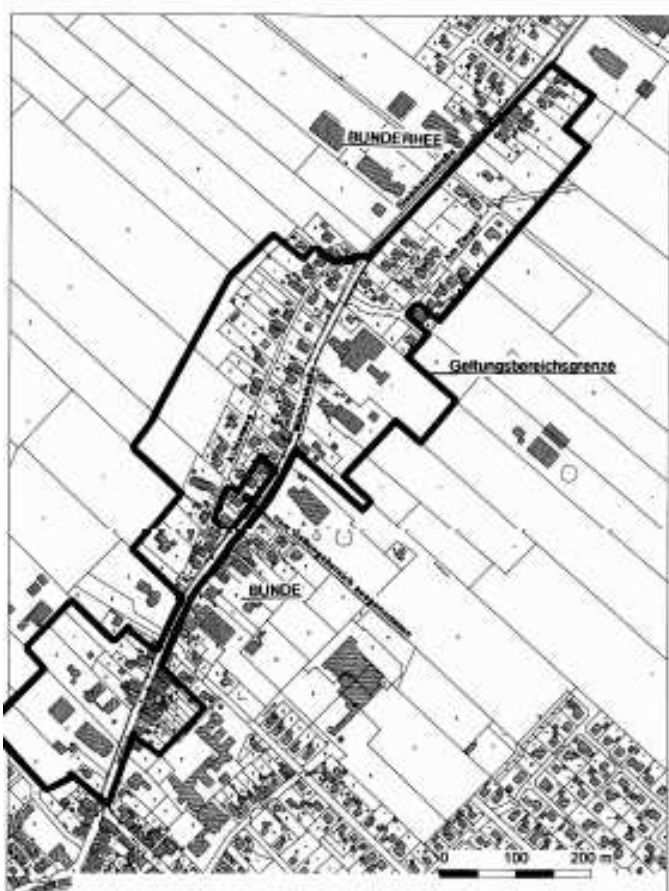
Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Gerald Sap

Bauleitplanung der Gemeinde Bunde

Satzung zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.16 „Mühlenstraße“, Ort- schaften Bunde und Bunderhee

Der Rat der Gemeinde Bunde hat am 13.11.2014 die Satzung zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 02.16 „Mühlenstraße“, Ortschaften Bunde u. Bunderhee, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch und auch die Begründung beschlossen. Die Satzung wurde nach § 13 Baugesetzbuch im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch aufgestellt.

Der Geltungsbereich ist im nachstehenden Kartenausschnitt dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung tritt die Satzung in Kraft (§ 10 Abs. 3 Baugesetzbuch).

Die Satzung und die Begründung werden vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Rathaus der Gemeinde Bunde in 26831 Bunde, Kirchring 2, Zimmer 14, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten; über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 Baugesetzbuch beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 Baugesetzbuch beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Bunde, Kirchring 2, 26831 Bunde, unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 Baugesetzbuch über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplans oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bekanntmachung ist auch auf der Internet-Seite der Gemeinde Bunde „www.gemeinde-bunde.de“ veröffentlicht.

Bunde, den 24.11.2014

Gemeinde Bunde
Der Bürgermeister
Gerald Sap

Satzung über die Benutzung von öffentlichen Freizeit- und Grünanlagen in der Gemeinde Bunde

Aufgrund der §§ 10, 13 und 58, Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), mehrfach geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.12.2013 (Nds. GVBl. S. 307) hat der Rat in seiner Sitzung am 13.11.2014 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Öffentliche Einrichtungen

Die Gemeinde Bunde betreibt die naturnahe Erholungslandschaft, die Grünanlage am Radweg nach Neuschanz und die Grünanlage (Regenrückhaltebecken) am Berumer Ring in der Ortschaft Bunde, die Freizeitanlage in der Ortschaft Dollart sowie die Freizeitanlage in der Ortschaft Bunderhee als öffentliche Einrichtungen. Die Satzung regelt den Umfang der Benutzung dieser Freizeit- und Grünanlagen.